

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Rieser Tageblatt
Grosshain Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1888.
Verleger
Rieser Nr. 22.

Nr. 14.

Dienstag, 17. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Wagnisse für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewässer für das Festschreiben an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Ellen) 25 Halb-Pfennige; die 80 mm breite Reklamzeile 100 Halb-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, Feinsatz, Bemerkter Absatz erhöht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftigste Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Wanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsleiter: Wanger & Winterlich. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser. Für Anzeigen: Wilhelm Uhlmann, Rieser.

Weltkrieg oder Weltberufung?

Der Krieg ist bekanntlich die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Von der Gegenwart kommt man leider umgekehrt sagen: Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Denn die Kundgebung des amerikanischen Finanzministers Mellon war letzten Endes nichts anderes, als eine Wiederholung der Kriegspolitik gegen Deutschland. Der Kampf wird zwar nur noch auf finanziellen Gebieten geführt, aber bei der Ungeheuerlichkeit der in Betracht kommenden Summen bedeutet auch diese Art der Kriegführung einen Kampf auf Tod und Leben. Aus der in der ganzen Welt wachsenden Stimmung heraus, die den Krieg vergessen und einen wirklich lebenden Frieden schaffen möchte, fingen auch die amerikanischen Gemüter an, sich mit der Idee eines allgemeinen internationalen Ausgleichs zu befassen. 69 Jahre lang, aber zwei Generationen hinweg, sollen nach den jetzt geltenden Abmachungen die Schuldensummen der Alliierten an Amerika danken. Sie belaufen sich insgesamt auf rund 4 Milliarden Mark, 184 für Großbritannien, 181 für Frankreich, 8 für Italien und 1,7 für Belgien. Die Zinsen für diese Kreditschuld würden nach Ablauf des angegebenen Zeitraums nahezu eine Verdoppelung der Schuldsumme bedeuten. Und dabei waren doch Amerika und die genannten Staaten im Kriege Verbündete, kämpften für eine gemeinsame Sache, und wären also eigentlich auch verpflichtet gewesen, gemeinsame Opfer zu bringen. Waren die Amerikaner an Geld und Soldaten reich, so waren diejenigen der europäischen Alliierten an Menschen desto reicher. Wie nahe also läge der Gedanke, einmal großzügig diese Opfer gegeneinander aufzurechnen und die Menschenopfer dabei wenigstens nicht geringer anzusehen, als die Geldopfer. Wie seltsam, selbst die öffentliche Meinung in Amerika sing an, sich lebhaft für solche Ideen zu erwärmen, die allein den wirklichen Schlupftritt unter das Kapitel des Weltkrieges würden setzen können.

Aber da ist nun Mellon das widersprechende. Für ihn gibt es keine anderen Fragen als Finanzfragen. Alles andere sind für ihn unrentable Sentimentalitäten. Amerika hat für den Krieg sehr viel Geld bezahlt, das muß es mit Zins- und Zinseszinsen wieder hereinbekommen. Hinter dem amerikanischen Finanzminister steht natürlich die amerikanische Finanzwelt. Als Weltkriegsaläubiger haben die großen Bankiers drüben die finanzielle Kontrolle der Welt in der Hand. So kontrollieren sie nicht nur den eigenen Staat, sondern alle übrigen bedeutenden Kulturstaaten zugleich. Wo der Amerikaner sein befruchtendes Geld hindirigiert, da wird es Leben schaffen und zwar solches Leben, wie es dem amerikanischen Geschmach genügt ist, und wie es für die amerikanischen Finanzen die einträglichsten Renten abwirft. Diese Herrschaft will man auch über die einzigen Bundesgenossen ausüben. Denn Demokratie hin, Demokratie her, sie mag innerhalb des Staatswesens bis zu einem gewissen Grade und unter bekannten Einschränkungen ganz schön sein: eine internationale Demokratie, bei der die einzelnen Völker ihr eigenes Schicksal selbst und das gemeinsame Schicksal ihrem Anteil entsprechend mitbestimmen, das ist nicht amerikanischer Geschmach. In der Weltpolitik heißt es: Amerika über alles! Amerika, das ausserwählte Volk, das zur Führung aller anderen bestimmt ist. Auf dem internationalen Gebiete erscheint eine autoritative Herrschaft Amerikas als das eigentliche Ideal. Von seiner Erreichung aber ist man gar nicht so fern, solange man die Weltfinanzen tatsächlich beherrscht.

Wenn sich aber amerikanische Wähler in dieses Programm nicht ohne weiteres fügen wollen, weil sie sentimentale Hemmungen gegenüber den Alliierten und insbesondere gegenüber dem Stamm- und sprachverwandten England haben, so weiß Mellon das unerschütterliche Gegenmittel gegen solche, nach seiner Auffassung ungeliebten Aumandlungen. Wechselt man den Alliierten Schulden erlassen, da sie doch von Deutschland viel mehr einzulassen haben, als die Schuld an Amerika beträgt? So lebt das böse, verhängnisvolle Wort wieder auf das im französischen Volk jahrelang so billige Illusionen und so gefährliche Entwürfungen gegen Deutschland erweckt: "Deutschland zahlt alles!" So fordert Mellon die Alliierten geradezu auf, nach Kräften auf Deutschland zu drücken, um aus ihm herauszupressen, was möglich ist. Ja, er legt ihnen nahe, so viel an Deutschland zu holen, daß auch nach der Schuldenabtragung bei Amerika noch ein erheblicher Ueberschuß zugunsten der Alliierten bliebe. So könne man die Steuerlast in den Staaten der Entente auf Kosten des deutschen Steuerzahlers niedrig halten. Andernfalls entlaste man den deutschen Steuerzahler auf Kosten des Steuerzahlers in den Ententeländern. Nun, und wenn der Steuerzahler gestraut wird, ob er lieber selbst Steuern zahlt oder einen anderen bezahlen läßt, das ist die Antwort allerdings nicht zweifelhaft. Die Wähler sind die Antwort. Die Diskussion über das Reparationsproblem ist in den Vereinigten Staaten für lange Jahre erledigt. Das amerikanische Finanzkapital aber macht auch Deutschland gegenüber ein gutes Geschäft. Das Betriebskapital, das der deutschen Industrie, wie der deutschen Landwirtschaft durch die Reparationsleistungen entzogen wird, geht zunächst nach der Weltmarkt in New York, um von dort erst in der Form der Anleihe nach Deutschland wieder zurückzuführen. Während seines kurzen Aufenthaltes in Deutschland aber wird es natürlich mit entsprechenden Zinsforderungen belastet, die wieder einen direkten Tribut Deutschlands an das amerikanische Finanzkapital darstellen.

Soll nun wirklich dieses frivole Spiel — man kann es doch wohl nicht gut anders bezeichnen — Menschenalter lang weitergehen? Kann es überhaupt so weitergehen? Wie-

Zur Wiederaufnahme der Landtagsverhandlungen.

id. Dresden. Heute Dienstag nimmt der sächsische Landtag seine Verhandlungen wieder auf. Die erste Tagesordnung enthält in der Hauptsache Anträge, die sich mit den Verhältnissen der Reichsbahn im Bezirk Sachsen beschäftigen. Die Volkspartei beantragt den Bau neuer Linien von Adorf nach Hof und von Leipzig nach Zeuna. Andere Anträge beziehen sich auf die im Reichsbahnbereich bedauerlichen ausfalligen Störungen des Eisenbahnverkehrs besonders auf sächsischem Gebiet. Neben einer ganzen Fülle von Anträgen, die in der Hauptsache von den Oppositionsparteien stammen und im wesentlichen von deren Agitation dienen, liegen dem Landtag zur Zeit wichtige Gesetzesentwürfe zur Beratung vor. Der eine betrifft den Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen. Dieser Arbeit ist besondere Bedeutung beizumessen, denn hier wird ein Anknüpfungspunkt mit der gegenwärtig so häufig besprochenen Reformierung der Verwaltung, indem eine Anzahl Entlassungsgemeinden aufgetrennt und doppelstaatliche Gemeinden vereinheitlicht werden sollen. Es ist anzunehmen, daß sich im Landtage keine Gegenüberstellungen geltend machen werden. Dagegen dürften Wünsche auf weitgehende Grenzvereinbarung laut werden. Der Thüringische Landtag hat um Inzurrecht, der das an die Staatsgrenze von Weimar reicht, wird in Sachsen vielfach als reich bezeichnet, dem Lande Sachsen zuzufallen. Vermutlich wird die Beratung dieses Gesetzes auch Gelegenheit bieten, den Standpunkt der Parteien in Sachsen zu der Frage Einheitsstaat, Föderalismus, Änderungen des Bundeswesens und dergl. kennen zu lernen.

Es steht zu erwarten, daß dem Landtag etwa Ende Januar der Staatshaushaltsplan für das Jahr 1928 vorgelegt werden wird. Im Zusammenhang damit dürfte die Denkschrift des Präsidenten Schick vom sächsischen Staatrechnungshof zur sächsischen Verwaltungsgesetzgebung im Landtage besprochen werden. Vielen der Schickschen Vorschläge wird wohl nicht zugestimmt werden können. Ein Teil wird aber doch genauer Prüfung zu unterziehen sein. Gegen Einigung der zum Sozialdienst bestimmten Organe werden sich bereits beruhte Stellen der Gewerkschaftsrichtungen.

leicht kommen doch auch die Vereinigten Staaten vor dem Ablauf der 69 Jahre noch einmal auf vernünftigeren Gedanken. Denn schließlich haben auch sie ihre innerpolitischen Probleme, die allem Anscheine nach an Ernsthaftigkeit zunehmen. Auch sie brauchen Absatzmärkte außerhalb ihrer Grenzen. Auch ihnen könnte es einmal in ihrer verpöbelten Form doch unbehaglich werden, wenn sich die ganze Welt im Widerstand gegen eine so drückende Finanzautokratie zusammenschlägt. Das aber wäre die notwendige Entwicklung, wenn wirklich die gegenwärtige proklamirte brutale Finanzpolitik Mellons rückwärts weiterentwickelt würde. Denn man vom deutschen Militarismus behauptet, daß er an seinen eigenen Ueberpannungen zu Grunde gegangen sei, so soll man doch nicht glauben, daß das amerikanische Kapital solche Ueberpannungen ohne Schaden in alle Ewigkeit ertragen könnte. Der militärische Weltkrieg war eine falsche Rechnung. Der finanzielle Weltkrieg wird sich als eine eben solche erweisen. Auch vom amerikanischen Standpunkte aus wird man einmal begreifen lernen, daß Weltberufung auch geschäftlich rentabler ist als Weltkrieg. Sie ist ja letzten Endes nichts anderes, als Nationalisierung der Weltwirtschaft, die genau so im Auge der geschäftlichen Entwicklung liegt, wie die Nationalisierung innerhalb der einzelnen Betriebe und innerhalb der einzelnen Staaten.

Eröffnung des panamerikanischen Kongresses.

Die Botschaft des Präsidenten Coolidge.

Washington (Kalifornien). Der panamerikanische Kongress wurde gestern in Habana in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher süd-, mittel- und nordamerikanischen Staaten feierlich eröffnet.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Calvin Coolidge verlas die Eröffnungsbotschaft. Einleitend wies er darauf hin, daß sich Amerika zum Prinzip der Selbstregierung und zu einer Politik des Friedens bekennt. Die Bevölkerungen der amerikanischen Staaten seien besser imstande, sich selbst zu regieren, als andere regieren zu lassen. Niemals würden die Völker Amerikas militärischem Nachdruck zum Opfer fallen, niemals habe man große militärische Einrichtungen zur Unterdrückung anderer Nationen unterhalten. "Wir sind", so erklärte Coolidge, "für angemessenes Gerüstsein im Interesse der nationalen Verteidigung; denn wir glauben, daß diejenigen Nationen sich ins Verderben stürzen, die militärische Dinge vernachlässigen oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen." Aber es sei ein großer Unterschied, ob man rüste, um höherwertige Rechte zu verteidigen, oder ob man sich nur auf rohe Kraft stütze, anstatt an die Berufung zu appellieren. Dynastische Kriege, wie sie die alte Welt erlebt habe, seien in Amerika unmöglich. Die Kriege Amerikas während der letzten 150 Jahre seien fast ausschließlich zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit der Menschheit geführt worden. Jede Demokratie sei friedliebend, weshalb es auch gelungen sei, den Frieden unter den amerikanischen Republiken so lange Zeit zu bewahren. Der Geist des guten Willens, des Vertrauens und der Hilfsbereitschaft habe

Sachsen in eben ein Industrie- und Handelsland wie kein zweites und stellt in dieser Hinsicht Aufgaben, die nicht ohne Schaden für das Ganze vernachlässigt werden dürfen.

Die Ausschüsse des Landtages

nehmen nach der ersten Memorandum ihre Verhandlungen ebenfalls wieder auf. Der Rechtsausschuss wird in erster Linie das Polizeibeamtengesetz zu beraten haben. Es zielt darauf ab, u. a. das Ausbildungswesen, die Rechts- und Angelegenheitsverhältnisse in der Polizei zu regeln und zu vereinheitlichen. Das Gesetz findet auf die Polizeibeamten der staatlichen Ordnungspolizei, der Landeshörnermerie und Kriminalpolizei, sowie im gewissen Umfang auf die Gemeindepolizei Anwendung. Das Gesetz zur Abänderung der Bestimmungen über die sächsische Landespolizei-Ankündigung dem Rechtsausschuss ebenfalls zur Beratung vor. Dies wird angeordnet, den Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe von 50 auf 75 Millionen Mark zu erhöhen und die Beleihungsmöglichkeiten weitestgehend zu erweitern. Hiermit soll den Kreditbedürfnissen wirtschaftlicher Unternehmungen Rechnung getragen werden.

Der Haushaltsausschuss A wird sich mit Fragen des Jugendgesetzes und der Kriegsschadensfürsorge zu beschäftigen haben. Ein weiterer ihm zur Beratung überwiegender Antrag betrifft die sächsische Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Hierzu hat die Deutsche Volkspartei die Ansicht vertreten, daß eine kräftige Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen geboten sei, um ein härteres Umfassen dieser Sachen zu unterbinden.

Darüber hinaus sind durch die Haushaltsausschüsse mehrere Anträge zu erledigen, die sich auf die Landwirtschaft, ihre Verbesserung und Förderung beziehen. So fordert ein volksparteilicher Antrag Maßnahmen und Mittel zu intensiveren Bodenverbesserungsarbeiten. Die Deutsche Volkspartei geht davon aus, daß nur eine hochentwickelte Landwirtschaft die Aufgaben erfüllen könne, die an diesen bedeutendsten Zweig der Volkswirtschaft zu stellen sind.

in Amerika die Oberhand behalten. Praktische Wege zur Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten könnten gefunden werden, wenn man diese Einstellung auch in Zukunft beibehalte.

Die panamerikanische Konferenz, so fuhr Calvin Coolidge fort, ist zusammengetreten, um darüber zu beraten, wie das Wohlergehen der freien amerikanischen Republiken erhöht und der internationale Friede gefördert werden kann. Kein anderer Erdteil ist für diese Aufgabe so sehr geeignet, wie Amerika. Alle hier vertretenen Nationen sind gleichberechtigt. Der kleinste und schwächste Staat spricht hier mit derselben Autorität, wie der größte und mächtigste Staat. Die Vorlesung Gottes, so schloß Coolidge, macht aus den amerikanischen Staaten eine freundschaftlich-nachbarliche Gemeinde von Republikern.

Barter Gilbert über die Stilllegung der deutschen Reparationsschuld.

Paris. Die Agence Economique et Financiere beschäftigt sich mit der Sitzung der Reparationskommission, die am Sonnabend im Weissen Saal des Vereinigten Staaten zurückgekehrten Generalagenten für die Reparationszahlungen, Barter Gilbert, stattgefunden hat. Der Vorsitzende der Reparationskommission habe der Kommission das Schreiben zur Kenntnis gegeben, das Vincars in der französischen Kammer über die theoretische Höhe der deutschen Reparationsschuld im Betrage von 132 Milliarden Goldmark am 24. Dezember angelegt habe. Im Anschluß daran habe zwischen der Reparationskommission, besonders zwischen dem Vorsitzenden der Kommission und dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Barter Gilbert, ein Meinungsaustrausch stattgefunden. Die Agence Economique et Financiere will hierüber erfahren haben, daß Barter Gilbert seinen Standpunkt vollständig aufrechterhalten habe und daß er zu dem Punkt, ob die im vergangenen Monat aufgeworfene Frage über die endgültige Festlegung der deutschen Verpflichtungen ihn, den Generalagenten, etwas angehe, seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, daß diese Frage ihn zweifellos berühren angesichts der Unmöglichkeit, die deutsche Wirtschaftslage wegen des Fehlens der Festlegung der Höhe seiner enormen Schuld richtig zu beurteilen. Es sei beschlossen worden, kein Communiqué zu veröffentlichen und es den in der Reparationskommission vertretenen Regierungen zu überlassen, die Frage in ihrer Gesamtheit zu behandeln.

Strafungen in Peking.

London. Die "Times" meldet aus Peking: Nach viermonatiger Gefangenschaft wurden am Sonntag Prof. Rao-Tsun-Shan und ein Student öffentlich hingerichtet. Ueber die Gründe ist nichts bekanntgegeben worden; doch erfolgte die Verurteilung seinerzeit unter dem Verdacht kommunistischer Betätigung. Vor der Hinrichtung wurden beide unter Bedeckung verkleideter Truppen in Peking durch die Straßen geführt. Rao-Tsun-Shan, der in New York studiert hatte, war eine zeitlang Professor an der Peking Nationaluniversität.